

Mit knallharten Vorgaben verwandelt die EU Unternehmer in Staatsbeamte

Freitag, 06.10.2023, 16:07 · von FOCUS-online-Gastautor [Rainer Zitelmann](https://www.focus.de/politik/deutschland/rainer-zitelmann_id_11716949.html)



Die EU verwandelt die europäische Wirtschaft in eine Planwirtschaft.

IMAGO/Michael Gstettenbauer

FOCUS-online-Gastautor [Rainer Zitelmann](https://www.focus.de/politik/deutschland/rainer-zitelmann_id_11716949.html)
Freitag, 06.10.2023, 16:07

Die EU verwandelt die europäische Wirtschaft zunehmend in eine Planwirtschaft. Das zeigt sich in vielen Bereichen: Zum Beispiel der Automobilindustrie oder der Immobilienbranche.

Die mit einem  Symbol oder Unterstreichung gekennzeichneten Links sind Affiliate-Links. Kommt darüber ein Einkauf zustande, erhalten wir eine **Provision** - ohne Mehrkosten für Sie! [Mehr Infos](https://www.focus.de/deals/faq-erloesmodelle-bei-focus-online_id_13469370.html)

Die neuen EU-Vorgaben für die Energieeffizienz von Wohngebäuden sorgen in vielen europäischen Ländern für Aufregung.

Beispiel Deutschland: Berechnungen ergaben, dass deutsche Immobilienbesitzer gezwungen werden, 200 Milliarden Euro für die Klimasanierung auszugeben, und zwar pro Jahr!

Das entspricht dem Vierfachen des jährlichen Verteidigungshaushaltes Deutschlands. Die Kosten der notwendigen Wärmedämmung und Heizungserneuerung für ein Einfamilienhaus betragen mindestens 100.000 Euro.

Ob die EU-Richtlinie in dieser Form kommt und in Deutschland umgesetzt wird, ist noch offen, aber allein die Debatte verunsichert Hunderttausende Immobilieneigentümer.

Moderne Planwirtschaft funktioniert anders

Und das ist nur eines von vielen Beispielen, wie die EU die [europäische\(orte/europa\)](#) Wirtschaft zunehmend in eine Planwirtschaft verwandelt. Der Begriff erscheint manchen vielleicht übertrieben, die den Begriff „Planwirtschaft“ mit der Verstaatlichung von Produktionsmitteln und Immobilien verbinden.

Die moderne Planwirtschaft funktioniert jedoch anders: Formal bleiben die Eigentümer Eigentümer, aber sie verlieren sukzessive die Verfügungsgewalt über ihr Eigentum. Der Staat bestimmt immer stärker, was sie tun müssen und nicht tun dürfen.

Das Verbot der Neuzulassung von Autos mit Verbrennermotor in der EU ab 2035 ist ein weiteres Beispiel: Nicht mehr die Unternehmen bzw. die Konsumenten entscheiden, was produziert wird, sondern Politiker und Beamte. Dahinter steht der Glaube, Politiker wüssten

besser als Millionen von Konsumenten und Unternehmern, was für die Menschen gut ist.

Genau das ist aber der Unterschied zwischen Markt- und Planwirtschaft: Marktwirtschaft bedeutet Demokratie in der Wirtschaft. Täglich entscheiden Millionen Konsumenten, was produziert wird und was nicht. Preise signalisieren den Unternehmen, welche Produkte benötigt werden und welche nicht.

Lesen Sie auch: [Gastbeitrag von Gabor Steingart - Krieg, Flüchtlinge, Inflation - und trotzdem passiert in Europa gerade Erstaunliches](https://www.focus.de/politik/ausland/gastbeitrag-von-gabor-steingart-krieg-asyl-inflation-trotz-krisen-passiert-in-europa-erstaunliches_id_218207306.html)(https://www.focus.de/politik/ausland/gastbeitrag-von-gabor-steingart-krieg-asyl-inflation-trotz-krisen-passiert-in-europa-erstaunliches_id_218207306.html)

Vermeintlicher Eigentümer wird immer mehr eingepfercht

Zurück zum Beispiel Immobilien: In vielen Ländern gibt es umfangreiche Mietgesetzgebungen, die den Vermieter daran hindern, die am Markt erzielbare Miete zu erzielen. In Deutschland beispielsweise geschieht das durch zahlreiche Gesetze: Die sogenannte „Kappungsgrenze“ legt fest, um welchen Prozentsatz und auf welche Höhe die Mieten steigen dürfen.

Selbst wenn die Inflation 7 Prozent pro Jahr oder mehr beträgt, dürfen die Mieten in vielen Städten maximal um 5 Prozent steigen. **Die SPD(/organisationen/spd/)** fordert jetzt, diesen Anstieg auf 2 Prozent zu begrenzen, was faktisch eine sukzessive Enteignung bedeutet. Real wird die Miete Jahr für Jahr weniger. Die „Mietpreisbremse“ wiederum legt fest, wie viel der Vermieter einer Bestandswohnung bei der Vermietung nehmen darf.

So wird der vermeintliche Eigentümer immer mehr eingepfercht: Der Staat erlegt dem Vermieter, wie in der Sanierungsrichtlinie vorgesehen, fast unbezahlbare Sanierungsverpflichtungen auf und zwingt ihn beim Neubau, immer schärfere und immer teurere Öko-Auflagen zu erfüllen.

Er hindert ihn gleichzeitig, die am Markt erzielbare Miete zu verlangen. Faktisch wird der vermeintliche Eigentümer zum angestellten Hausverwalter im Dienste des Staates. Im schlimmsten Fall verliert er jedoch auch das formelle Eigentumsrecht, wenn die Schere zwischen den staatlich begrenzten Einnahmen und den vom Staat erzwungenen Ausgaben immer weiter aufgeht.

Staat kann Einbau eines zweiten Waschbeckens verwehren

Auch eine Aufteilung eines Mehrfamilienhauses in einzelne Eigentumswohnungen, um diese dann an Mieter, Selbstnutzer oder Anleger zu vermieten, ist nach dem „Aufteilungsverbot“ vielfach nicht mehr möglich.

Und wenn der Eigentümer das Pech hat, dass sein Haus in einem sogenannten Milieuschutzgebiet liegt, kann ihm der Staat sogar den Einbau eines zweiten Waschbeckens als „Luxus“ verwehren, selbst wenn der Mieter das ausdrücklich wünscht.

Diese Regelungswut betrifft nicht nur den Immobilienbereich, sondern auch unternehmerisches Eigentum: Die EU ist nicht damit zufrieden, ihre Mitgliedsländer und die dort ansässigen Unternehmen zu reglementieren.

Das sogenannte Lieferkettengesetz soll große Firmen in der EU dafür haftbar machen, wenn beispielsweise Arbeitsschutzvorschriften oder Umweltstandards von Zulieferern im Ausland nicht den Vorstellungen der EU entsprechen. Eine andere europäische Regelung namens CBAM führt Klima-Zölle für Importe aus aller Welt ein.

Auch in den USA wird das Eigentum immer weiter ausgehöhlt

Importiert zum Beispiel eine Firma Schrauben aus Indien, wo **die grünen(/organisationen/die-gruenen/)** EU-Klimavorgaben nicht gelten, soll sie dafür extra zahlen. So will Brüssel Emissionen senken – nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt.

Die Aushöhlung des Privateigentums ist jedoch kein europäisches Phänomen. Auch in den USA wird unter der Überschrift „Green New Deal“ das Eigentum immer weiter ausgehöhlt.

Das geschieht so lange, bis der Inhaber oder Manager eines Unternehmens nur noch Erfüllungsgehilfe staatlicher Bürokratie ist. Der Staat schreibt ihm durch immer engmaschigere Gesetze vor, was und wie er produzieren darf. Aus dem Unternehmer wird irgendwann ein Staatsbeamter.

Über den Gastautor:

Rainer Zitelmann ist Historiker und Soziologe und Autor des Buches „**Der Aufstieg des Drachen und des weißen Adlers. Wie Nationen der Armut entkommen**(<https://zitelmann-vietnam-polen.de/>)“ und des Buches „**Die 10 Irrtümer der Antikapitalisten**(<https://anti-antikapitalisten.de/>)“.

© BurdaForward GmbH 2023

Drucken()

Fotocredits:

amazon, IMAGO/Michael Gstettenbauer, Rainer Zitelmann

Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet oder sonst genutzt werden.